

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lebensmittelüberwachung muss staatlich bleiben

Durch die aktuellen Lebensmittelskandale wie insbesondere die BSE-Krise wird deutlich, dass eine unabhängige amtliche Lebensmittelkontrolle notwendiger denn je ist. Dem Verbraucherschutz muss absolute Priorität vor wirtschaftlichen Interessen eingeräumt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. den gesamten Bereich der Lebensmittelüberwachung (Lebensmittelkontrolle und Lebensmitteluntersuchung) weiterhin staatlich zu organisieren,
2. a) bis zum 31. März 2001 einen Bericht vorzulegen, in dem die zukünftige Organisation und die Aufgaben der gesamten Lebensmittelüberwachung dargestellt werden.
b) der Bürgerschaft (Landtag) in diesem Bericht mitzuteilen, in welcher Höhe bis zum Jahr 2005 finanzielle Mittel zur Absicherung dieser dargelegten Aufgaben pro Jahr bereitgestellt werden sollen.

Doris Hoch, Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen